

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1585
des Abgeordneten Jürgen Maresch
Fraktion DIE LINKE
Drucksache 5/4037

Nachfragen zum Thema Gleichstellung in Brandenburg (Drucksache 5/3682)

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1585 vom 19.09.2011:

Die Antworten der Landesregierung auf meine Fragen zur Gleichstellung in Brandenburg bedingen Nachfragen.

Dies vor allem auf meinen ausdrücklichen Wunsch hin konkrete Aussagen zum Thema zu erlangen, die in Beantwortung meiner Anfragen nicht berücksichtigt wurden.

Ich frage die Landesregierung:

- 1) In Antwort der Landesregierung auf Frage 1 stellt die Landesregierung dar, dass erheblich mehr Mädchen als Jungen einen Schulabschluss erreichen. Worauf führt die Landesregierung diesen Zustand zurück? Wie will sie diesen Zustand verändern?
- 2) Kann die Landesregierung weitere Beispiele benennen, in denen Jungen und Männer im Land Brandenburg benachteiligt werden?
- 3) Was versteht die Landesregierung **konkret** unter der Einheit von Frauenförderung und Genderpolitik?
- 4) Ebenfalls in der Antwort auf Frage 1 der Drucksache spricht die Landesregierung von strukturellen Benachteiligungen von Frauen in Brandenburg. Welches sind diese strukturellen Benachteiligungen?
- 5) In Frage 2 der Drucksache fragte ich nach **konkreten** Beispielen von Benachteiligungen von Mädchen und Frauen in Brandenburg. **Konkrete** Beispiele von Benachteiligungen wurden in der Beantwortung nicht dargestellt. Daher frage ich nochmals nach Beispielen von **konkreten** Benachteiligungen von Frauen und Mädchen in Brandenburg. Weiterhin bitte ich mir **konkret** darzustellen, wie diese Benachteiligungen abgebaut werden sollen.

Datum des Eingangs: 03.11.2011 / Ausgegeben: 08.11.2011

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: In Antwort der Landesregierung auf Frage 1 stellt die Landesregierung dar, dass erheblich mehr Mädchen als Jungen einen Schulabschluss erreichen. Worauf führt die Landesregierung diesen Zustand zurück? Wie will sie diesen Zustand verändern?

zu Frage 1:

Für die Mädchen und Jungen sind gute Bildung, Ausbildung und Studium die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Berufs- und Lebensperspektive. Erklärtes Ziel der Landesregierung in ihrem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm ist die Sicherung gleicher Chancen für beide Geschlechter, um allen Jugendlichen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildungs- und Berufsabschlüssen zu ermöglichen.

Betrachtet man die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne jeden Schulabschluss, so ist der Situation der Jungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Demnach haben nach Vollen- dung der Vollzeitschulpflicht am Ende des Schuljahres 2009/10 (Stichtag 07.07.2010; aktuellere Erhe- bungszahlen liegen nicht vor) insgesamt **1.629 Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulab- schluss / Berufsbildungsreife** die Schule verlassen, davon 1039 Jungen und 590 Mädchen. Viele die- ser Jugendlichen haben zuvor eine Förderschule besucht, die die Schülerinnen und Schüler in der Re- gel ohne Abschluss verlassen.

Vorrangiges Ziel der Landesregierung ist es deshalb, den Anteil der Schülerinnen und Schüler an den Förderschulen zu senken und den Jugendlichen somit die Möglichkeit zu eröffnen, einen Schulab- schluss zu erreichen.

Weitere Maßnahmen zur Verringerung des Risikos, in Schule und Beruf zu scheitern, sind insbesonde- re das **Förderprogramm "Initiative Oberschule"**, das die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern an Oberschulen verbessert und zur Stärkung der Persönlichkeit beiträgt, sowie die **"integrier- ten Projekte zur Vermeidung von Schulabbrüchen"**. Sie sind wichtige Bausteine, um schuldistan- zierte, junge (vorrangig männliche) Jugendliche beim Lernen schulischer Inhalte, bei der Entdeckung und Entwicklung praktischer Fähigkeiten und bei der Vorbereitung auf Ausbildung und Berufswelt zu un- terstützen.

Beide Initiativen tragen erfolgreich dazu bei, die Geschlechterdifferenzen zu verringern und bestehende Benachteiligungen der Jungen abzubauen.

Frage 2: Kann die Landesregierung weitere Beispiele benennen, in denen Jungen und Männer im Land Brandenburg benachteiligt werden?

zu Frage 2:

In der Kinder- und Jugendhilfe lassen sich weitere Beispiele für einen besonderen Förder- und Unter- stützungsbedarf von Jungen und männlichen Jugendlichen finden.

So zeigt sich im Rahmen der Sprachstandsfeststellung im Jahr vor der Einschulung ein besonderer Un- terstützungsbedarf der Jungen: Während der Anteil von Kindern mit Sprachförderbedarf zum Schuljah- resbeginn 2011 insgesamt 18,4 Prozent betrug, lag der Anteil der Jungen bei 20,1 Prozent und der der Mädchen bei 16,6 Prozent. Insofern profitieren Jungen in besonderem Maße von der gezielten Unter- stützung in kita-integrierten Sprachförderkursen.

Ein weiterer jungenspezifischer Förderbedarf ergibt sich aus der höheren Delinquenzbelastung bereits von Kindern sowie von Jugendlichen und jungen Volljährigen männlichen Geschlechts. Vor dem Hintergrund der einschlägigen Risikofaktoren, die die kriminologische Forschung für das Entstehen von Jugendkriminalität identifiziert hat, gelten als wirksame präventive Hilfen die frühe Intervention bei innerfamiliärer Gewalt sowie eine Nachteile ausgleichende schulische und berufliche Förderung. Im Hinblick auf spezifische, die Aggressivität befürwortende Männlichkeitsüberzeugungen sind sowohl bei den sozialpädagogischen Angeboten der offenen Jugendarbeit als auch in den einzelfallbezogenen Hilfen zur Erziehung geschlechtsbezogene Zugangsweisen erforderlich, die auf die Reflexion und Modifikation problematischer spezifisch männlicher Wertvorstellungen, Denk- und Handlungsmuster ausgerichtet sind.

Wollen Männer ihre familiäre Verantwortung für die Erziehung der Kinder und/oder die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger ernst nehmen, sehen sie sich häufig noch vor größere Probleme gestellt: Sie werden mit Vorurteilen ihrer Kollegen und Vorgesetzten konfrontiert und – wie Frauen auch - erleben sie nun in ihrer beruflichen Entwicklung Brüche verbunden mit Einkommensverlusten und reduzierten Karrierechancen. Somit verlangt die Übernahme von mehr familiärer Verantwortung durch die Männer die Verbesserung der Work-Life-Balance auch für sie. An dieser Stelle ist insbesondere ein Umdenken in der Unternehmenskultur gefragt sowie das Vorhandensein rechtlicher Rahmenbedingungen, die eine gemeinsame Sorgearbeit ermöglichen und Flexibilität in familiären Übergängen schaffen ohne negative Auswirkungen auf die Erwerbsbiographie für Frauen und Männer.

Frage 3: Was versteht die Landesregierung konkret unter der Einheit von Frauenförderung und Genderpolitik?

zu Frage 3:

Für die Landesregierung setzt sich eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik aus der klassischen Frauenförderung und der Genderpolitik zusammen. Sie greift damit den von der EU betonten doppelstrategischen Ansatz auf, bisherige frauen- und gleichstellungspolitische Maßnahmen fortzusetzen und gleichzeitig die Gender-Perspektive in alle Politik- und Handlungsfelder einzubeziehen. Das bedeutet für die Landesregierung konkret, weiterhin spezifische frauen- bzw. gleichstellungspolitische Maßnahmen zu entwickeln und zu fördern (u.a. das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm) und gleichzeitig die Implementierung der Gender Mainstreaming (GM-) Strategie – entsprechend den Vorgaben im aktuellen Koalitionsvertrag der Regierungsparteien – mit Hilfe von geeigneten Verfahren und Methoden Schritt für Schritt in allen Bereichen von Politik und Verwaltung voranzutreiben (querschnittspolitische Ausrichtung).

Eine konkrete Maßnahme ist dabei die seit 2006 verbindliche Durchführung einer Genderrelevanzprüfung (Gender-Check) von Kabinetttvorlagen. In diesem Zusammenhang werden sowohl die Anwendung einer geschlechtergerechten Sprache und als auch die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern unter Berücksichtigung der jeweiligen geschlechtsspezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen überprüft (Darlegung, ob und inwieweit sind Frauen und Männern von der geplanten Maßnahme bzw. Regierungsentscheidung unterschiedlich betroffen). Dieser Check gibt insbesondere bei scheinbar geschlechtsneutralen Vorhaben Hinweise, inwieweit z. B. noch verdeckte Benachteiligungen bzw. Beteiligungsdefizite bestehen oder das Vorhaben Gefahr läuft, tradierte Rollenmuster zu verfestigen. Entsprechende Stellungnahmen und Zielformulierungen – häufig unter Hinweise auf die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen – führen zu einer gendergerechteren Überarbeitung der Kabinetttvorlagen durch die federführenden Ressorts.

Frage 4: Ebenfalls in der Antwort auf Frage 1 der Drucksache spricht die Landesregierung von strukturellen Benachteiligungen von Frauen in Brandenburg. Welches sind diese strukturellen Benachteiligungen?

zu Frage 4:

Strukturelle Benachteiligung von Frauen ist dann gegeben, wenn sie – obwohl rechtlich gleichgestellt – nicht die gleichen Lebenschancen und Teilhabemöglichkeiten haben wie Männer. Sie findet ihren Ausdruck insbesondere in nach wie vor existierenden tradierten Rollenzuschreibungen – z.B. der überwiegenden Zuordnung der Verantwortung für Familien-, Pflege- und Erziehungsarbeit zu Frauen –, in der Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen, in den ungleichen beruflichen Entwicklungschancen oder in der geringeren Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Frage 5: In Frage 2 der Drucksache fragte ich nach konkreten Beispielen von Benachteiligungen von Mädchen und Frauen in Brandenburg. Konkrete Beispiele von Benachteiligungen wurden in der Beantwortung nicht dargestellt. Daher frage ich nochmals nach Beispielen von konkreten Benachteiligungen von Frauen und Mädchen in Brandenburg. Weiterhin bitte ich mir konkret darzustellen, wie diese Benachteiligungen abgebaut werden sollen.

zu Frage 5:

Konkrete Beispiele für Benachteiligungen von Frauen und Mädchen sind in vielen Lebensbereichen zu finden. Die Landesregierung hat diese Bereiche im Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm herausgearbeitet, Ziele definiert und Maßnahmen festgelegt, die zur Überwindung der Benachteiligung von Frauen und Mädchen beitragen sollen. Beispielhaft seien genannt:

Beispiel: Rollenbilder verändern

Frauen und Männern werden in der Öffentlichkeit, in der Unternehmens- und Führungskultur, im familiären Alltag nach wie vor tradierte Geschlechterstereotype zugeschrieben. Während dem Mann die Rolle des Familienernährers zugeordnet wird, werden Haus- und Familienarbeiten oder die Organisation von Kinderbetreuung und Pflege als „Frauensache“ angesehen.

Mit der Kampagne „Starke Frauen in Brandenburg“ soll die Vielfalt von Rolle und Lebensentwürfen verdeutlicht werden. Der Zukunftstag für Mädchen und Jungen oder auch die Info-Kampagne „Komm auf Tour“ sollen dazu beitragen, Männern und Frauen den Weg in neue Berufe zu öffnen.

Beispiel: Wissenschaftliche Laufbahn

Mehr Frauen als Männer schließen erfolgreich ein Studium ab, dennoch absolvieren mehr Männer eine wissenschaftliche Laufbahn. Die Ursachen dafür liegen nicht zuletzt in der mangelnden Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Familie. Zudem ist eine Wissenschaftslaufbahn meist mit einer langen Phase der Unsicherheit (sog. prekäre Beschäftigungsverhältnisse) verbunden.

Ziel: Förderung der Chancengleichheit von Frauen in der Wissenschaft mit dem Ziel der Erhöhung des Frauenanteils in der Wissenschaft bis hin zu Führungspositionen

Maßnahme: Professorinnenprogramm, Aufbau von Dual Career Angeboten; PROFEM; PROFIL; Umsetzung der Qualitätsstandards zur Chancengleichheit von Frauen und Männern an den brandenburgischen Hochschulen

Beispiel: Arbeitsmarkt und Erwerbschancen

Die Erwerbstätigenquote der Frauen ist geringer als die der Männer. Die berufliche Selbständigkeit von Frauen ebenso - nur jedes dritte Unternehmen in Brandenburg wird von einer Frau geführt.

Frauen sind seltener in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen tätig, üben seltener eine Vollzeitbeschäftigung aus, sind überproportional im Niedriglohnbereich beschäftigt und verdienen weniger als Männer. Ihr Anteil an den Langzeitarbeitslosen ist überdurchschnittlich hoch, sie sind wesentlich länger arbeitslos als Männer. Frauen bilden die Mehrheit der Nichtleistungsempfängenden im Rechtskreis des SGB III und der Nichterwerbspersonen.

Ziel: Begleitung des Übergangs von der Hochschule in den Beruf
Maßnahme: Projekt „Mentoring für Frauen“

Ziel: Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Frauen mit Migrationshintergrund
Maßnahme: Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und Qualifikationen/Nachqualifizierung

Ziel: Sicherung eines existenzsichernden Einkommens (auch im Alter) für Frauen
Maßnahmen: - Initiativen zur Einführung von Mindestlöhnen: Politischer Einsatz auf Bundesebene für (branchenübergreifenden) allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn;
 - politischer Einsatz für Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf weitere Branchen zur Schaffung neuer branchenspezifischer Mindestlöhne;
 - Einführung einer Mindestentgeltgrenze bei öffentlicher Auftragsvergabe in einem brandenburgischen Vergabegesetz

Ziel: Unterstützung von Existenzgründerinnen
Maßnahmen: - Unternehmerinnen- und Gründerinnentag;
 - Unternehmerin des Jahres;
 - Existenzgründungsförderung des MASF: Regionale Lotsendienste und Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten;
 - Gründungswerkstätten für junge Leute, Gründungsservice an den Hochschulen;
 - Beratungsangebot für innovative Gründungen „Innovationen brauchen Mut“;
 - Beratungsstellen für die Unternehmensnachfolge;
 - Förderung eines Gründerinnenzentrums.

Ziel: Verbesserung der Beschäftigungssituation der Alleinerziehenden
Maßnahme: Unterstützung von Aktivitäten des Bundes

Im Übrigen verweise ich auf die ausführliche Darstellung im Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm der Landesregierung.